

Hopfenweg 21
PF/CP
CH-3001 Bern
T 031 370 21 11
info@travailsuisse.ch
www.travailsuisse.ch

Bern, 29. Juni 2021 / Redetext

Den Stempelsteuer-Bschiss wollen wir uns nicht leisten

Travail.Suisse, der unabhängige Dachverband der Arbeitnehmenden, hat die Abschaffung der Stempelsteuern immer bekämpft. Mit einer Salamtaktik werden dem Bund nach der Corona-Krise wichtige Steuereinnahmen von über zwei Milliarden Franken entzogen. Profiteure sind die Grossunternehmen und ihr Aktionariat. Der Vorstand von Travail.Suisse unterstützt deshalb das Referendum gegen den Stempelsteuer-Bschiss.

Adrian Wüthrich, Präsident Travail.Suisse und alt Nationalrat

Die Stempelsteuer wurde nach dem ersten Weltkrieg eingeführt, weil der Bund zur Finanzierung seiner Aufgaben neue Quellen benötigte (seit 1803 wurde sie bereits von den Kantonen erhoben). Seit den 1990er Jahren wurde die Emissionsabgabe mehrmals gesenkt und Freibeträge eingeführt und diese erhöht. Das waren bereits Steuergeschenke für die Wirtschaft in Milliardenhöhe. Ausgerechnet nach der Corona-Krise, die Milliarden von Franken zu deren Abfederung nötig machten, will das Parlament die Emissionsabgabe auf die Ausgabe auf Eigenkapital abschaffen. Travail.Suisse hat eine temporäre Zusatzbesteuerung der Unternehmen gefordert, damit sie einen Teil der Lasten mitfinanzieren, die der Staat richtigerweise übernommen hat und von denen die Wirtschaft stark profitierte. Die Wirtschaft funktionierte trotz Corona dank dem Einsatz der Arbeitnehmenden immer und in vielen Branchen prächtig. Für Travail.Suisse ist die vom Parlament beschlossene Aufhebung der Stempelsteuer umso schräger in der Landschaft, weil der Bundesrat aktuell diskutiert wie mit den Corona-Schulden umgegangen werden soll. Der Verzicht auf Einnahmen kommt umso mehr zur Unzeit. Eine fiskalpolitische Gesamtbetrachtung wurde nicht vorgenommen, und es warten noch weitere Steuersenkungsvorlagen (neben dem Finanzsektor will die Exportwirtschaft die Industriezölle abschaffen).

Dabei wissen wir, dass insbesondere der Finanzsektor stark vom Standort Schweiz profitiert und keine Mehrwertsteuer auf seine Produkte und Transaktionen zahlt und dass Kapitalgewinne in der Schweiz nicht besteuert werden. Es braucht heute keinen Stempel mehr, damit ein Wertpapier legal gehandelt werden kann. Trotzdem erhalten die in der Schweiz gezeichneten Aktien den Stempel, das Gütesiegel Schweiz. Der Finanzplatz Schweiz nutzt den guten Ruf der Schweiz als sicheres Land mit guter Infrastruktur und gut ausgebildeten Fachkräften, um daraus Profit zu machen. Die Reichsten der Welt platzieren ihr Geld gerne an solchen Orten. Es ist deshalb nichts als richtig, dass sie wenigstens eine Emissionsabgabe bezahlen, zumal die Schweiz im weltweiten Vergleich beinahe die tiefsten Unternehmenssteuern hat.

Gerade bei Investitionen in Eigenkapital kann die Abgabe als Beitrag an die öffentliche Infrastruktur betrachtet werden, von denen ein neu gegründetes oder ein expandierendes bestehendes Unternehmen profitiert. Für jede neue Wohnung muss in vielen Gemeinden beispielsweise eine Anschlussgebühr ans Wassernetz geleistet werden, weil man von deren Vorleistung profitiert. Mit den Stempelsteuern leistet der Finanzplatz einen kleinen Teil zur Finanzierung der öffentlichen Basisinfrastruktur, dem Service

public der Schweiz. Dazu passt ein Blick zurück: 1992 wurde am gleichen Abstimmungssonntag wie die NEAT beschlossen wurde, die Abschaffung der Stempelsteuer vom Volk abgelehnt. 1992 hat das Stimmvolk die Prioritäten gesetzt, erneut müssen wir die Prioritäten richtig setzen. Staatliche Investitionen in die Infrastruktur und den ökologischen Umbau sind wichtiger denn je, davon profitiert letztlich auch die Wirtschaft.

Das Parlament will jetzt mit dieser Reform noch einmal multinationale Unternehmen, Banken, Versicherungen und Holdinggesellschaften mit Steuergeschenken beglücken. Dabei wurden die grossen Unternehmen bereits bei der letzten Revision der Unternehmenssteuern bevorzugt. Die KMU profitieren von dieser Reform ebenfalls nicht: Es besteht bereits eine Freigrenze von einer Million Franken, im Fall einer Umstrukturierung sogar 10 Millionen Franken. Wer diese Reform für die in der Corona-Krise gebeutelten Unternehmen präsentiert, nutzt die Krise als Vorwand, um letztlich die Grossunternehmen, die Banken und ihre Aktionärinnen und Aktionäre zu begünstigen.

Wir wissen: Mit diesen Steuerausfällen – es ist nur die erste Etappe – wird der Druck zum Sparen erhöht. Natürlich schweigen sich die bürgerlichen Strateginnen und Strategen dazu aus, wo gespart werden soll. Die Gleichen wollen die Corona-Schulden möglichst schnell wegsparen. Sinkende Steuereinnahmen gehen aber immer zu Lasten der tiefen Einkommen und des Mittelstandes. Diese Politik führt zu einer Verteilung von unten nach oben. Diese Entwicklung muss mit einem (erneuten) klaren Nein des Stimmvolkes Einhalt geboten werden. Travail.Suisse unterstützt deshalb das Referendum gegen diesen Stempelsteuer-Bschiss!